

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Kommissionen für  
Umwelt, Raumplanung und Energie  
CH-3003 Bern  
Tel. 058 322 97 68 / 97 34  
Fax 058 322 96 56  
www.parlament.ch  
urek.ceate@parl.admin.ch

Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie  
des Ständerates

## MEDIENMITTEILUNG

### Gewässerschutz

Die auf die Renaturierung der Gewässer abzielende Revision des Gewässerschutzgesetzes war das Ergebnis eines Kompromisses, der zum Rückzug der Volksinitiative «Lebendiges Wasser» geführt hat. Allerdings stellt die Umsetzung der Bestimmung über die Begrenzung des Gewässerraums (Artikel 36a GSchG) die Kantone vor Probleme, weshalb sich die Kommission bereits an mehreren Sitzungen mit diesem Thema befasst hat.

Um den erzielten politischen Kompromiss nicht zu gefährden, spricht sich die Kommission gegen jegliche Änderung des Gesetzes aus und beantragt mit 11 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung, den Standesinitiativen aus den Kantonen Schwyz ([12.309](#)), St. Gallen ([12.320](#)), Luzern ([12.321](#)), Schaffhausen ([12.324](#)), Uri ([12.325](#)), Nidwalden ([13.301](#)), Graubünden ([13.307](#)), Aargau ([13.311](#)) und Zug ([13.314](#)) keine Folge zu geben.

Damit die Kantone allerdings die Möglichkeit haben, bei der Festlegung des Gewässerraums den lokalen Besonderheiten Rechnung zu tragen, hat die Kommission eine Motion eingereicht, mit welcher der Bundesrat beauftragt werden soll, die Gewässerschutzverordnung so zu ändern, dass die Kantone den grösstmöglichen Handlungsspielraum erhalten ([15.3001](#)). Diese Kommissionsmotion deckt sich zum Teil mit dem Verordnungsentwurf, den das Bundesamt für Umwelt am 22. Dezember 2014 in die Vernehmlassung geschickt hat. Nach Abschluss dieser Vernehmlassung wird die Kommission über die weitere Behandlung der parlamentarischen Initiative Parmelin ([13.455](#)) und der Motion Müller Leo ([12.3047](#)) befinden. Die Initiative möchte den Kantonen die Kompetenz übertragen, die Breite der Gewässerräume festzulegen; die Motion will Ausnahmen von der Mindestbreite des Gewässerraums zulassen.

Des Weiteren beantragt die Kommission mit 6 zu 3 Stimmen und einer Enthaltung, die Motion [12.3922](#) (Konkretisierung der aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz. Keine Unterstützung der Energieerzeugung aus Kohlekraftwerken) abzulehnen. Mit der Volksabstimmung im Kanton Graubünden und dem Ausstieg von Repower aus dem Projekt eines Kohlekraftwerkes in Kalabrien betrachtet die Kommission die Motion als erledigt. Eine Minderheit beantragt die Annahme der Motion, um die Unterstützung der Energieerzeugung aus Kohlekraftwerken durch die Schweiz auch in Zukunft zu verhindern. Zudem beantragt die Kommission, die Motionen [12.4262](#), [12.3734](#), [12.3913](#) abzulehnen.

Schliesslich hat die Kommission eine erste Diskussion zur Energiestrategie ([13.074](#)) geführt. Sie wird an ihrer nächsten Sitzung über Eintreten beschliessen und mit der Beratung der Vorlage beginnen.

Die Kommission hat am 19. und 20. Januar 2015 unter dem Vorsitz von Ständerat Ivo Bischofberger (CE/AI) und teils in Anwesenheit von Bundesrätin Doris Leuthard in Bern getagt.

Bern, 20. Januar 2015